

Folge 61 Aus Regierungskreisen – der Podcast der Bundesregierung

Thema: Joachim Stamp über seine Rolle als Sonderbevollmächtigter der Bundesregierung für Migrationsabkommen

[Sven Siebert, Moderator] Einwanderung, Flucht, Asyl, Fachkräftemangel, Rückführung und Eingliederung – um diese Themen geht's heute im Podcast. Zu Gast ist Joachim Stamp, der Sonderbevollmächtigte für Migrationsabkommen.

[Musik]

„Aus Regierungskreisen“, der Podcast der Bundesregierung.

[Siebert] Menschen kommen in großer Zahl zu uns. Viele suchen Schutz, viele suchen Arbeit. Manche können bleiben, manche sollen bleiben, viele sollen wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Über dieses komplizierte Problemknäuel möchte ich mich heute unterhalten. Ich bin Sven Siebert. Ich bin Gastgeber dieses Podcasts und ich begrüße heute Joachim Stamp, den Sonderbevollmächtigten der Bundesregierung für Migrationsabkommen. Guten Tag, Herr Stamp.

[Joachim Stamp, Gast] Guten Tag.

[Siebert] Herr Stamp, Sie sind Sonderbevollmächtigter. Das klingt wie Agent in geheimer Mission oder Kurier des Zaren. Was ist das Besondere an Ihrer Aufgabe?

[Stamp] Die Idee ist, dass wir uns im Koalitionsvertrag in der Regierung verabredet haben, dass wir irreguläre Migration reduzieren wollen und reguläre Migration stärken wollen und dass wir dazu eine bessere, umfassendere Partnerschaft mit den Herkunftsländern brauchen. Und dazu gibt es verschiedene Ansätze in den verschiedenen Ministerien, die mit Herkunftsländern kooperieren. Und meine Aufgabe ist es, die zu bündeln und dauerhafte, dann auch in der Praxis taugliche Migrationspartnerschaften mit den Ländern zu entwickeln und nicht, wie in der Vergangenheit, zig Rückkehrabkommen, die sich nur auf Rückkehr konzentrieren, abzuschließen, die aber dann in der Praxis nicht funktionieren.

[Siebert] Reguläre und irreguläre Migration – vielleicht sollten wir nochmal erklären, was da eigentlich der Unterschied ist.

[Stamp] Wir haben auf der einen Seite reguläre Migration in den Arbeitsmarkt; [bisher] allerdings nur in sehr, sehr geringem Umfang [...]. Dafür kommt aber jetzt die Fachkräfteeinwanderung. Das ist ja jetzt auf dem Weg und das wird, glaube ich, auch für den deutschen Arbeitsmarkt ein ganz wertvoller Gewinn sein und wird neue Chancen schaffen für Menschen, die nach Deutschland kommen. Es gibt auch regulär diejenigen, die fliehen müssen und hier auch einen Schutzgrund zugesprochen bekommen, also die hier nach Asyl fragen und dann auch anerkannt werden. Und dann gibt es eben auch diejenigen, die eigentlich hier etwas aus ihrem Leben machen wollen, [sich] aber, weil sie keine andere Möglichkeit sehen, [...] ins Asylverfahren begeben, aber da völlig falsch sind.

[Siebert] Die wollen eigentlich in den Arbeitsmarkt einwandern, haben aber keinen regulären Zugang.

[Stamp] So ist das. Und da gibt es eben doch sehr, sehr viele Tausende jedes Jahr – über 100.000 auch im vergangenen Jahr –, die abgelehnt worden sind als Asylbewerberin oder Asylbewerber. Viele, die sich auf grauenhafte Fluchtrouten begeben, durch die Wüste, wo sehr, sehr viele ums Leben kommen; mehr sogar, nehmen wir an, als auf dem Meer. Dann natürlich die Tausenden von Toten auf dem Meer, gerade über die [Strecken] hin zu den Kanaren oder durch das Mittelmeer, die besonders gefährlich sind. Und dann, wenn die diese Route überstanden haben, landen die dann eben oft in unseren zentralen Unterbringungseinrichtungen und haben gar keine wirkliche Entwicklungschance in dem Sinne, wie sie sich das ursprünglich vorgestellt haben.

[Siebert] Sie sind seit drei Monaten im Amt. Sie sind Sonderbevollmächtigter. Warum gibt es nicht längst einen Dauerbevollmächtigten?

[Stamp] Ich glaube, dass man lange unterschätzt hat, dass man tatsächlich Partnerschaften mit den Ländern entwickeln muss. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder Rückführungsabkommen [...] mit verschiedenen Ländern [geschlossen]. Da gibt es eine ellenlange Liste von Rückführungsabkommen, die aber in der Praxis alle nicht funktionieren, weil die Länder nicht wirklich etwas davon haben. Viele Länder sind darauf angewiesen, dass sie eine starke Community, beispielsweise in Deutschland oder auch sonst in Europa, haben, die hier Geld [verdient] und dann entsprechend Gelder [in die Länder rücküberweist] – und sei es auch nur ein bisschen von dem, was sie hier als Sozialtransfers bekommen.

[Siebert] Ja, und die damit ihre Familien versorgen in den Heimatländern.

[Stamp] So sieht das aus. Und das spielt für die Länder eine sehr, sehr große Rolle. Und für uns ist es eben wichtig, dass wir versuchen, genau das zu ersetzen, dass wir sagen: „Wir wollen sehen, dass wir eure Länder nicht schwächen, aber gleichzeitig muss Schluss sein mit dieser irregulären Migration, weil sie uns auch überfordert.“ Wir sind in der Situation, dass aktuell auch unsere Kommunen mit der Unterbringungssituation überfordert sind. Und wir erleben eben auch, dass viele, die dann hier kein dauerhaftes Bleiberecht haben, aber trotzdem versuchen, irgendwie hierzubleiben, dann in der Kriminalität landen oder insgesamt auf die schiefe Bahn geraten.

[Siebert] Sie sagten, es gibt reguläre Migration in den Arbeitsmarkt, die wir wollen, die wir zum Teil brauchen. Es gibt diese irreguläre Migration von Menschen, die nicht hierbleiben sollen, die nicht hierbleiben können. Steht das dann alles in einem Migrationsabkommen drin, [das] Sie schließen? Oder wie muss man sich so ein Abkommen mit einem Herkunftsland vorstellen?

[Stamp] Wir entwickeln dazu unterschiedliche Elemente und die Situation ist in jedem Land auch anders. Wir haben bei den afrikanischen Ländern die Situation, dass es so ist, wie ich es gerade angedeutet habe, dass sie [...] auf eine möglichst starke Community [angewiesen sind], eben auch in Deutschland oder Europa, eine sogenannte Diaspora ...

[Siebert] Geldtransfers aus Europa sozusagen ...

[Stamp] Genau. Es gibt aber auch andere Länder, die unbedingt ihre Bürgerinnen und Bürger bei sich behalten wollen. Und das ist zum Beispiel eine Initiative, die ich jetzt auch den

Ampelfraktionen vorgeschlagen habe. Ich bin [...] in Georgien und in der Republik Moldau [gewesen] und dort gibt es [...] nur an sehr geringer, zirkulärer Migration mit Deutschland [Interesse]. Also, das heißt, Saisonarbeiterabkommen, darüber hinaus einzelne Pflegekräfte, die momentan irregulär in Südeuropa arbeiten, lieber im geschützten Arbeitsmarkt in Deutschland unterzubringen, ist etwas, [das] beiden Ländern wichtig ist. Aber was ihnen auch ganz besonders wichtig ist, ist, dass die irreguläre Migration, die wir aus diesen Ländern haben, endet. Denn Georgien und Moldau haben beide Visafreiheit mit der EU im Schengen-Raum und wollen das auch unbedingt erhalten. Und deswegen ist es ihnen sehr unangenehm, dass es [aus diesen Ländern] eine sehr hohe Asylantragstellung gibt [...], die fast alle abgelehnt werden. Und wenn wir uns also anschauen: Die Zahl der abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerber im letzten Jahr lag bei um die 100.000 und davon sind um die 10.000 allein aus Georgien und der Republik Moldau. Wenn wir jetzt ...

[Siebert] Und das sind auch Georgier und Moldauer, die da ...

[Stamp] Das sind Georgier und Moldauer. Und wir könnten das unterbinden. Wir könnten mit Migrationspartnerschaften, die wir jetzt [...] mit diesen beiden Ländern [entwickeln] – und beide sind dazu bereit –, die irreguläre Migration nach Deutschland insgesamt um 10 Prozent direkt reduzieren, wenn wir beide Länder als sogenannte sichere Herkunftsländer einstufen würden. Das hat folgende Bewandnis: Wenn die hier einen Asylantrag stellen, dann dauert das Asylverfahren in der Regel zwei, drei Monate, aber sie haben danach die Möglichkeit, wenn es abgelehnt worden ist – was in 99,6 beziehungsweise 99,7 Prozent der Fälle passiert –, dann haben sie die Möglichkeit, dagegen zu klagen. Und diese Klage dauert, weil unsere Verwaltungsgerichte so stark überlastet sind, teilweise Jahre. Und in der Zeit sind sie hier im Sozialbezug und das ist bei niedrigen Löhnen in den Ländern für manche attraktiv. Und wenn wir jetzt die Einstufung vornehmen würden als sichere Herkunftsländer, dann müssten sie genau diesen Rechtsweg, also die Klage gegen die Ablehnung, aus dem Heimatland bestreiten. Das heißt, [...] der ganze Anreiz, in ein langes Verfahren zu gehen, wäre dann weg, [weil] dann [...] nach wenigen Wochen schon die Rückkehr nach Georgien oder in die Republik Moldau [wäre] und dafür würde es sich nicht lohnen, einen Asylantrag zu stellen.

[Siebert] Verfahrenstechnisch wäre es eben dann so, dass abgelehnte Asylbewerberinnen oder abgelehnte Asylbewerber ihre Klage, ihren Widerspruch gegen die Ablehnung, von zu Hause aus führen müssten und nicht mehr aus Gelsenkirchen, Meißen oder Osnabrück.

[Stamp] Genau. Und das ist ein Modus, der dann etwas bringt, wenn die Herkunftsländer mit der Bundesrepublik Deutschland kooperieren. Und das ist bei Moldau und Georgien der Fall. Georgien schickt eigene Flugzeuge, um die Bürgerinnen und Bürger hier wieder einzusammeln. Also, es gibt quasi kein anderes Land, [das] so intensiv kooperiert, und bei Moldau ist es ähnlich. Und dementsprechend würden wir hier mit dieser Maßnahme, wenn wir das vernünftig verabreden können, wahrscheinlich relativ schnell die Asyl[antrag]stellung aus der Republik Moldau und Georgien gegen Null bekommen können. Und dementsprechend – 10.000 Anträge weniger von 100.000 sind 10 Prozent – [ist das], glaube ich, schon ein wirklicher, substanzieller Fortschritt.

[Siebert] Was ist denn deren Interesse? Warum wollen die ihre Bürgerinnen und Bürger unbedingt behalten?

[Stamp] Weil sie auf der einen Seite möchten, dass die Visafreiheit erhalten bleibt und sie keine irreguläre Migration nach Europa wünschen. Zum Zweiten ist auch bei Georgien und Moldau die Situation anders als beispielsweise bei den afrikanischen und anderen asiatischen Ländern, wo man eben diese starke Community in Europa oder Deutschland möchte. Moldau und Georgien haben zum Teil einen harten, wie es so schön heißt, Braindrain hinter sich. Also, das heißt, viele, die arbeiten können, sind ins Ausland abgewandert, die eigentlich zu Hause gebraucht würden.

[Siebert] Wir reden auch da über Demografie.

[Stamp] Wir reden auch da über Demografie. Und auch das ist etwas, [das] wirklich wichtig ist, auch für unsere Partnerschaften, die wir im Moment mit unterschiedlichen Ländern entwickeln: Wir müssen bei allem, was wir tun – auch bei unseren Interessen, gezielt Bürgerinnen und Bürger aus diesen Ländern für unseren Arbeitsmarkt anzuwerben –, genau hingucken, dass wir nicht Menschen anwerben, die dann aus Branchen kommen, sodass bei denen eine Versorgungslücke entsteht und Länder auch noch substanziell geschwächt werden.

[Siebert] Genau. Also, wenn man sich jetzt zum Beispiel die Europakarte anguckt, welche Staaten [...] besonders durch demografischen Wandel bedroht [sind], dann sind ja all die osteuropäischen Staaten – [...] die von Ihnen genannten Georgien, Moldau, aber auch Rumänien, Bulgarien, die Ukraine – alles Länder, die unter dieser starken Abwanderung in den vergangenen Jahrzehnten schon gelitten haben.

[Stamp] Ja, das ist richtig. Aber wenn wir beispielsweise ein bisschen östlicher gucken: Ich habe jetzt gerade mit Usbekistan eine Vereinbarung getroffen, dass wir uns jetzt hier über eine Migrationspartnerschaft verständigen wollen, wo es auch darum geht, qualifizierte Arbeitskräfte, gerade Handwerker – die Usbeken sehen sich immer noch in der jahrtausendealten Tradition als Handwerker der Seidenstraße –, also dass hier eine reguläre Zuwanderung möglich wird, aber bei der gleichzeitigen Garantie, dass [...] jeder, der hier irregulär einreist, dann auch tatsächlich wieder zurückgenommen wird.

[Siebert] Es ist doch ein Dilemma! Deutschland braucht Zuwanderung, weil wir durch den Geburtenrückgang der vergangenen Jahrzehnte in vielen Bereichen zu wenig Nachwuchs haben. Durch Einwanderung verschärfen wir aber möglicherweise genau diese Probleme in den Herkunftsländern. Und in vielen afrikanischen Ländern ist es umgekehrt. Da gibt es demografische Probleme in der anderen Richtung. Die haben keinen Arbeitskräftemangel, sondern viele junge Menschen, die keine Arbeit finden. Das ist doch ein Knäuel, das Sie auf dem Tisch haben, oder?

[Stamp] Ja, ich ja nicht allein. Wir müssen ja abschichten. Also, wir werden sehen, dass wir versuchen, mit großen, wichtigen Herkunftsländern Verträge zu schließen, langfristige Partnerschaften zu ermöglichen, wo ich aber dazusage, dass das einfach auch eine gewisse Zeit braucht. Wenn wir beispielsweise an die Maghreb-Staaten denken, die eben nicht nur Herkunftsland sind, sondern auch Transitland – da kommen viele auch aus Subsahara-Afrika durch diese Länder –, dann haben wir ein großes Interesse, mit denen kluge Abkommen [zu] treffen, die dann auch in der Praxis halten. Das braucht aber Zeit und das sage ich ganz offen dazu: Also, es bringt jetzt nichts, zu glauben, man hat jetzt hier einen Sonderbevollmächtigten und der schnippt jetzt mit dem Finger und in ein paar Monaten sind

die Probleme in Luft aufgelöst, sondern das ist ein sehr, sehr langwieriger Prozess. Ich erinnere mich daran, dass der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière, den ich sehr schätze, in den Ländern damals für solche Partnerschaften auch schon geworben hat und damit begonnen hat ...

[Siebert] Sieben Jahre ist das her. Ich bin zufällig auf der Reise damals durch diese drei Länder dabei gewesen.

[Stamp] Ja, dann haben Sie das ja erlebt und genau daran möchte ich auch gerne wieder anknüpfen und das auch gerne weiten. Es ist einfach wichtig, dass wir hier einen sehr gemeinschaftlichen Ansatz finden. Wir machen das interministeriell bei uns, aber es ist auch wichtig, dass wir auch die Länder mitnehmen, dass wir es auch parteiübergreifend machen. Ich glaube, Migration ist kein gutes Thema für kleinteilige, parteipolitische Auseinandersetzungen, sondern dass wir gemeinsam mit Bund, Ländern, Kommunen diese Ansätze entwickeln. Das wird zwar nicht von heute auf morgen geschehen, aber wir müssen eben jetzt beginnen. Wir brauchen systematischere Migrationspolitik, damit wir nicht alle zwei, drei, vier Jahre wieder vor der gleichen Diskussion stehen.

[Siebert] Welches Angebot können Sie denn beispielsweise den maghrebinischen Staaten oder den Staaten der Subsahara machen?

[Stamp] Wir können diesen Ländern anbieten, dass [sie], wenn sie bereit sind, diejenigen, die hier abgelehnt worden sind, konsequent zurückzunehmen, [...] dafür umgekehrt eine bestimmte Anzahl an Visa bekommen sowohl hier für den Arbeitsmarkt als auch beispielsweise für deutsche Universitäten oder auch hier für die Ausbildung.

[Siebert] Es gibt aber auch die Planung, eine Möglichkeit zu schaffen, dass Asylbewerber den afrikanischen Kontinent gar nicht erst verlassen.

[Stamp] Wir müssen uns – und ich glaube, das ist eine tiefe, humanistische Verantwortung, die wir alle gemeinsam haben – Gedanken darüber machen, wie wir das Sterben auf dem Mittelmeer beenden. Und da müssen sich natürlich auch diejenigen, die wirklich mit großem Engagement Menschen helfen wollen und auch Menschen aus Seenot retten, auch mitfragen, ob es immer der richtige Ansatz ist, zu sagen: „Wir bringen alle nach Europa.“ Oder ob wir nicht [mit einem Partnerland] eine Vereinbarung treffen können [...], [so] dass wir sagen: „Natürlich retten wir alle, aber es gibt nicht diesen Automatismus, dass man dann in Europa bleibt.“ Was ja gerade auch ein Magnet [...] für viele [ist], es überhaupt zu probieren. Sondern, dass wir eben versuchen, einen Partner zu finden, mit dem wir dann Asylverfahren dort durchführen können; und zwar natürlich unter Aufsicht der Vereinten Nationen und natürlich nach internationalem und europäischem Recht. Das ist die Voraussetzung. Das ist die Voraussetzung für uns als Rechtsstaat. Wir müssen auch ehrlich sagen, dass wir [...] ein solches Partnerland im Moment noch nicht haben, aber wir müssen Ausschau danach halten, denn wir haben alle gemeinsam die Verantwortung, dass [wir] diese Situation, auch des Sterbens auf dem Mittelmeer, mit den hohen Zahlen an Toten, die in vielen afrikanischen Familien viel, viel dauerhaftes Leid [...] erzeugen, [...] beenden.

[Siebert] Und man hat sehr schnell dann Bilder von Flüchtlingslagern in Griechenland beispielsweise vor Augen, in denen die Bedingungen für diejenigen, die sich dort aufhalten

müssen – und möglicherweise auch über einen längeren Zeitraum –, eben unwürdig sind oder sehr, sehr schwierig.

[Stamp] Ja, aber ich bin froh, dass es [jetzt ja] zumindest [...] Bewegung gibt, bei den Gesprächen über ein neues europäisches Asylsystem. Das wird auch dauern, bis sich das richtig praktisch etabliert. Aber es ist gut, dass [jetzt] ein erkennbarer Wille [...] da ist, sich zu einigen. Auch das ist ja ein Fortschritt. Das ist jetzt nicht mein Kernthemenfeld, aber das gehört natürlich zu der Betrachtung mit dazu.

[Siebert] Innenpolitisch betrachtet: Wo ist denn der Druck höher? Dass Sie zu mehr Rückführungen kommen oder dass Sie zu mehr Einwanderung in den Arbeitsmarkt kommen, wo Fachkräftemangel herrscht?

[Stamp] Beides. Wir haben auf der einen Seite die Unternehmerinnen und Unternehmer, die beklagen, dass sie nicht genügend Arbeitskräfte haben, auch beispielsweise im Bereich Logistik, auch im Bereich Bau, und wir haben auf der anderen Seite die Kommunen, die nicht mehr wissen, wo sie die Leute unterbringen sollen und wie sie sie versorgen sollen. Und es wäre einfach gut, wenn wir möglichst viel irreguläre Migration [...] durch reguläre Migration [ersetzen können], denn wenn wir diejenigen nicht in der zentralen Unterbringungseinrichtung rumsitzen hätten, sondern stattdessen als werktätige Arbeiter, Mitarbeitende in den Betrieben, dann wäre natürlich allen Seiten geholfen. Das wird nicht eins zu eins gehen, dass man alle „irregulär“ in „regulär“ umwandeln kann. Das gehört auch zur Wahrheit dazu. Aber wir müssen eben alle Anstrengungen unternehmen, damit wir [...] „regulär“ stärken und „irregulär“ auch tatsächlich reduzieren. Und das ist gerade natürlich auch bei der Unterbringungssituation der Kommunen eine ganz besondere Herausforderung. Und ich bin kein Freund von Obergrenzendebatten, aber wir müssen eben auch sehen – wie es ja unser früherer Bundespräsident Gauck gesagt hat, dass das Herz weit, aber die Möglichkeiten endlich sind –, dass wir insgesamt von der hohen Zahl der irregulären Migration perspektivisch runter müssen.

[Siebert] Ja. Also, es gibt nicht genügend Unterbringung, es gibt nicht genügend Leute, die sich um diejenigen, die Hilfe brauchen, kümmern können.

[Stamp] So ist das. Und ich bin kein Freund davon, irgendeine fixe Obergrenze zu nennen, aber dennoch müssen wir uns natürlich klar machen, dass unsere Möglichkeiten auch eine bestimmte Beschränkung haben und wir insgesamt eben sehen müssen, dass wir zumindest bei der irregulären Zuwanderung deutlich runterkommen und dass wir insgesamt bei der humanitären Verantwortung, bei der Verteilung der Geflüchteten in Europa Fortschritte erzielen.

[Siebert] Nochmal ganz praktisch: Wie läuft denn das überhaupt? Rufen Sie jetzt jemanden an in Marokko oder in Moldau und sagen: „Lasst uns mal reden. Wir wollen gerne ein Migrationsabkommen schließen.“ Wie bahnen Sie das an? Wie ist das, wie läuft das praktisch?

[Stamp] Praktisch ist es so gewesen, dass wir mit der Republik Moldau und Georgien sehr schnell mit den Botschaften ins Gespräch gekommen sind, weil wir eben gesehen haben, dass es auf der einen Seite Verbesserungspotenzial [...] bei der Frage der Saisonarbeiter [gab], aber auf der anderen Seite eben auch die enorm gestiegene Anzahl von irregulären Zuzügen, also Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die zu fast 100 Prozent abgelehnt werden. Und

für beides wollten wir Verbesserungen und sind da bei den Botschaften auf offene Ohren gestoßen. Deswegen konnten wir da jetzt [auch] sehr zügig [...] in die Länder reisen und entsprechende Gespräche führen und könnten jetzt, wenn die politische Unterstützung im Parlament auch da ist, da zügig zu den entsprechenden Abkommen kommen. Bei anderen Ländern ist das sehr, sehr unterschiedlich. Die Kontakte ergeben sich aus verschiedenen Situationen, aber wir versuchen, es zu systematisieren, indem wir eine interministerielle Arbeitsgruppe haben, wo die verschiedenen Ministerien gemeinsam ihre Sichtweise auf die Länder artikulieren und wir das zu einer gemeinsamen Strategie zusammenführen, damit wir gemeinsam als Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Ländern unterwegs sind. Und natürlich hat ein Wirtschaftsministerium andere Kontakte in Länder als es die Entwicklungszusammenarbeit hat, und das Auswärtige Amt hat nochmal einen anderen Blick auf Dinge als beispielsweise das Bundesinnenministerium. Und mir ist es wichtig, dass wir diese unterschiedlichen Aspekte und auch die unterschiedlichen Kontakte, die dort vorhanden sind, [...] so bündeln, dass wir hier zu wirklich praxistauglichen, langfristigen Partnerschaften kommen.

[Siebert] Ist denn zu erwarten, dass die Zahlen irgendwann runtergehen? Der Wanderungsdruck in der Welt nimmt doch eigentlich eher zu.

[Stamp] Wir müssen sehen, dass wir das, was wir ordnen können, ordnen. Und natürlich hängt es auch sehr stark davon ab, wie [sich] die mittelfristige Entwicklung in Hauptherkunftsländern wie Syrien und Afghanistan [...] gestaltet – was es dort auch für Möglichkeiten [...] in den Nachbarländern [gibt], die Menschen zu halten, dass sie eben nicht nach Europa kommen müssen. Deswegen ist es ganz, ganz wichtig, dass wir [...] [den Unterstützungsangeboten], die beispielsweise in den Flüchtlingslagern rund um Krisengebiete wie Syrien existieren, [...] auch die ausreichenden Mittel geben, damit sich nicht wieder Menschen aus Verzweiflung auf den Weg machen. Und wir werden auch, wie gesagt, sehen, dass wir mit Drittstaaten über Partnerschaften sprechen müssen. Und natürlich [ist] alles, was [...] an Versorgung der Menschen in der jeweiligen Region [möglich ist], also in den unmittelbaren Nachbarstaaten – auch wenn man jetzt an den Sudan denkt – [...] natürlich viel einfacher, als wenn die Menschen hier vor Ort versorgt werden müssen, wo sie [sich zunächst erst] in einer völlig fremden Kultur [...] zurechtfinden müssen. Und natürlich können Sie – auch das gehört zur Wahrheit dazu – für einen Euro in den dortigen Ländern vor Ort wesentlich mehr schaffen als hier bei uns.

[Siebert] Vielen Dank! Das war Joachim Stamp. Ich bedanke mich für das interessante Gespräch.

[Stamp] Ich danke Ihnen.

[Siebert] Demnächst geht's hier weiter mit weiteren Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern aus der Bundesregierung und ich hoffe, Sie als Zuhörerinnen und Zuhörer sind dann wieder dabei.

Das war „Aus Regierungskreisen“, der Podcast der Bundesregierung. Mehr Informationen zur Politik der Bundesregierung finden Sie auf [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de) und auf unseren Social-Media-Kanälen.